

Seniorenarbeit noch besser machen!

01.07.2012

Seniorenarbeit noch besser machen!

Kräfte bündeln, finanzielle Ressourcen fokussieren, gemeinsam erfolgreiche Seniorenarbeit organisieren!
Diese Idee steht hinter aktuellen Plänen von **DBB** und **BRH-Bund**:

- Auflösung der **BRH-Bundesebene** (unter Beibehaltung von **Landes-BRH** sowie Orts- und Kreisverbänden)
- Organisation der Seniorenarbeit in Zuständigkeit des **DBB** gemeinsam mit Landes-, Kreis- und Ortsverbänden des **BRH**.

Verbindliche Beschlüsse (Zuständigkeit, Organisation, solide Finanzbasis, Personalien) fassen **DBB** und **BRH** im Herbst auf Delegiertentagen.

Weitere Informationen folgen.

Abesender: Seniorenverband BRH

An das
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
z.Hd. Herrn Jörg Heidemann
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Betr.: Ihr Schreiben vom 25.6.12 . IVb1 . 96 – Burggraf/12
Bez.: Unser Schreiben vom 29. März 12

Hallo, guten Tag, Herr Heidemann.

Wir haben Verständnis dafür, wenn andere wichtige Dinge unserer Frage vorgezogen werden. Leider aber trifft ihre Antwort nicht des Pudels Kern.

Es geht in der Tat um die geplante Neuregelung des Hinzuverdienstrechtes und unsere Bitte an die Bundesministerien Dr. von der Leyen. Sie zielte darauf ab, die geplante gesetzliche Regelung - die in den Medien vorab besprochen und selbst von den Fachleuten der Presse nach deren Aussagen nicht verstanden wurde – einmal so zu gestalten, dass sie auch von den Bürgern, insbesondere den älteren Bürgern, verstanden werden könnte.

Das Weiterarbeiten im zweiten Lebensabschnitt und das Thema des Hinzuverdienstrechtes werden nämlich gerade für die älteren Menschen immer interessanter. Vielleicht können Sie der Frau Bundesministerin diese Bitte doch noch einmal vortragen und vielleicht hören wir dann auch noch eine Resonanz von Ihr. Möglicherweise gibt es dann auch Flyer, die jedermann versteht.

Vielen Dank für Ihre Mühe, mit freundlichen Grüßen
Hans Burggraf
Landesvorsitzender

Zur Vorgeschichte:

Burggraf hatte im März die Bundesministerien darauf hingewiesen, dass dieses Thema für ältere Menschen immer wichtiger werde, man aber die Gesetzesinitiative nicht verstehen könne. Selbst die Fachmedien hätten über unverständliche Darstellung ihren Unmut geäußert. Die verspätete Antwort im Juni begründete das Ministerium für Arbeit und Soziales mit vorrangigen gesetzgeberischen Arbeiten.

[Zur Nachrichtenübersicht](#)